



Bildungspolitische Stunde des Stadtrates am 20.04.2011



Bildungspolitische Stunde am 20.04.2011

1/11

1/11

Bildungspolitische Stunde des Leipziger Stadtrates am 20.04.2011

Herausgeber: Stadt Leipzig

Der Oberbürgermeister

Amt für Jugend, Familie und Bildung

1. Auflage 2011

Verantwortlich: Dr. Siegfried Haller

Redaktion: Jana Voigt

Titelfoto: Stadt Leipzig/Amt für Jugend, Familie und Bildung

Umschlag, Layout und Satz: Stadt Leipzig/Amt für Jugend, Familie und Bildung Leipzig

Verlag: Stadt Leipzig/Jugendamt

Druck: Stadt Leipzig/Zentrale Vervielfältigung

Fotos und Abbildungen: Stadt Leipzig

Redaktionsschluß: 04.07.2011

Anschrift: Stadt Leipzig – Amt für Jugend, Familie und Bildung – Naumburger Str. 26 – 04229 Leipzig

Telefon: 0341 1234641 – Fax: 0341 1234484

E-Mail: jugendamt@leipzig.de

Internet: <http://www.leipzig.de/jugendamt>

Vervielfältigungen, auch auszugsweise, sind nur mit Quellenangabe gestattet.

Es gilt das gesprochene Wort.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

I.	Rede des Oberbürgermeisters Burkhard Jung	5
II.	Rede des Stadtrates Stefan Billig, CDU-Fraktion	9
III.	Rede der Stadträtin Dr. Ilse Lauter, Fraktion DIE LINKE	11
IV.	Rede der Stadträtin Ute Köhler-Siegel, SPD-Fraktion	14
V.	Rede der Stadträtin Katharina Krefft, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	16
VI.	Rede des Stadtrates Dr. Arnd Besser, FDP-Fraktion	19
VII.	Rede des Stadtrates Dr. Michael Burgkhardt, Bürgerfraktion	21
	Anlage	23

Vorwort



Beigeordneter Prof. Dr. Thomas Fabian

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

schulisches, soziales und emotionales Lernen findet vor Ort in den Kommunen statt. Somit sind Kommunen immer auch mit den Folgen gelungener oder misslungener Bildungsanstrengungen konfrontiert. Die Jugendhilfe hat einen eigenen Bildungsauftrag. In Kindertagesstätten und im außerschulischen Bereich hatten und haben Kommunen ureigene Bildungsaufgaben. Im Grundschulbereich gibt es enge Verbindungen zwischen Schule und Hort. Mit den Ganztagsangeboten in Schulen verschwimmen zunehmend die Grenzen von staatlichen Bildungsaufgaben und kommunaler Ergänzung. Auch die Gestaltung von Übergängen von der Kindertagesstätte in die Grundschule und von Schule in Ausbildung und Beruf sind zuständigkeitsübergreifende Aufgaben.

Unter dem Stichwort „Kommunale Bildungslandschaft“ hat die Stadt Leipzig in den letzten Jahren verstärkt Anstrengungen unternommen, die vielfältigen vor Ort vorhandenen Bildungsangebote zu vernetzen und weiterzuentwickeln, um Strukturen und Kompetenzen für die Förderung insbesondere von Kindern und Jugendlichen besser zu nutzen.

Mit der Umsetzung des Programms „Lernen vor Ort“ und der ersten Bildungspolitischen Stunde ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Verantwortungsübernahme im Bildungsbereich durch die Stadt Leipzig getan. Konkrete Konzepte und Lösungsansätze, wie die Stadt Leipzig ihre Gestaltungsmöglichkeiten im Bildungsbereich noch besser ausschöpfen kann, werden folgen. Ich lade die Vertreter aus Politik und Bildungseinrichtungen herzlich dazu ein, den vielversprechenden gemeinsamen Diskussions- und Gestaltungsprozess zu verstetigen und auszubauen.

A handwritten signature in black ink that reads "Thomas Fabian". The signature is written in a cursive, flowing style.

Prof. Dr. Thomas Fabian
Beigeordneter für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule

I. Rede des Oberbürgermeisters Burkhard Jung



Oberbürgermeister Burkhard Jung

Ich bin froh, dass wir zu dieser 1. Bildungspolitischen Stunde im Leipziger Stadtrat zusammen gefunden haben. Gute Politik, Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, bestimmt sich auch dadurch, dass sie die richtigen Themen benennt; Themen, die an der Zeit sind, Themen, die den Menschen auf den Nägeln brennen, Themen, die der Entwicklung unseres Gemeinwesens dienlich sind. Bildung ist ein solches Thema. Über alle Parteigrenzen hinweg sind wir uns einig: Wir wollen allen Menschen unserer Stadt umfassende Bildungschancen und Bildungsmöglichkeiten eröffnen. Ohne unsere städtischen Mittel zu überschätzen, ist es für den Erfolg von Bildungsbiographien doch wesentlich, dass die kommunalen Bedingungen hierfür garantiert sind.

Lassen Sie mich zunächst drei Ereignisse der letzten Monate in Erinnerung rufen:

1. Ich erinnere an die 1. Leipziger Bildungskonferenz, die am 18.10.2010 im Mediocampus unserer Sparkasse stattfand. Hier sind wir zum ersten Mal in eine systematische Debatte mit allen großen Bildungsakteuren unserer Stadt eingetreten. Die Dokumentation dieser Veranstaltung liegt nun vor und wir wollen diesen großen Austausch in den nächsten Jahren kontinuierlich fortsetzen.
2. Ich erinnere an die Neuaufstellung unseres Amtes für Jugend, Familie und Bildung. Mit der Ausrichtung dieses neuen Amtes reagieren wir auf die Tatsache, dass Bildung längst eine dezernatsübergreifende Aufgabe ist, die einen zentralen Ansprechpartner im Rathaus benötigt, einen Ansprechpartner, der die nötigen Netzwerke in die Verwaltung hinein aufbaut und betreut.
3. Und ich erinnere an das Programm „Lernen vor Ort“, dessen Leipziger Ableger bundesweite Beachtung findet. Hier hat die Stabsstelle „Lernen vor Ort“ eine erste Bestandsaufnahme der Leipziger Bildungslandschaft vorgenommen. Im „Bildungsreport Leipzig 2010“ werden deren Stärken und Schwächen erstmals auf gesicherter empirischer Grundlage zusammengefasst. Unter dem Motto „Gemeinsam für Bildung in Leipzig“ hat das Programm-Team „Lernen vor Ort“ am 18.10.2010 den ersten Leipziger Bildungsreport vorgestellt. Ich halte diesen Report für eine auch deutschlandweit herausragende Publikation eines kommunalen Bildungsberichtswesens. Dieser Strukturbericht berücksichtigt alle Phasen einer Bildungsbiographie und soll mit seiner umfassenden Datenlage den bereits begonnenen Diskussionsprozess zwischen Politik, Verwaltung, Bildungsakteuren und Bevölkerung empirisch fundiert stärken. Dem Team unter Leitung von Prof. Dr. Fabian gilt meine Anerkennung und mein Dank.

Warum ist dies alles notwendig? Warum wird Bildung auch bei uns in der Kommune das große Thema der nächsten Jahrzehnte sein? Sie alle kennen die Gründe: Wo keine erdgebundenen Ressourcen sind, wo sich die fossilen Energieträger erschöpfen, bleibt der menschliche Geist als wichtigster Rohstoff. Salopp gesagt: „Das, was zwischen unseren Ohren ist“. Und wo die Bedingungen des globalen Zusammenlebens neue Risikopotenziale aufwerfen, bedarf es eines Maximums an Wissen und Handlungskompetenz unserer Gesellschaften. Die Herausforderungen der Zukunft, die sich wie in einem Brennglas in der aktuellen Situation in Japan bündeln, verlangen neue Antworten und Denkweisen. Wir betreten also kein geschichtliches Neuland mit dem, was wir heute tun, und doch ist vieles, was wir besprechen wollen, neuartig. Denn die objektiven Umstände, unter denen wir Bildung praktizieren und organisieren, werden zunehmend andere. Über allem steht die Frage: Was benötigt ein Mensch an Befähigungen und Kompetenzen, um mit den Entwicklungen und Problemen unserer Gegenwart, im Interesse eines befriedigenden Lebens und einer gerechten Gesellschaft, zurechtzukommen?

Leipzig besitzt eine große Tradition als Stadt der Bildung. Denken Sie nur an unsere Universität, die zweitälteste in Deutschland, denken Sie an die Thomasschule, die im kommenden Jahr 800 Jahre jung wird, denken Sie aber auch an die reformpädagogischen Anstrengungen, die in der Schulbildung mit dem Namen Hugo Gaudig oder in der Erwachsenenbildung mit dem Namen Hermann Heller verbunden sind. Diese Geschichte verpflichtet uns, auch heute, auch in fiskalisch enorm schwierigen Zeiten. Auch bei uns wachsen keine „Euro-tragenden“ Bäume in den Himmel. Auch in den nächsten Jahren nicht. Wir werden kluge Antworten auf folgende Fragen finden müssen:

- Was braucht eine für die Bürgerinnen und Bürger wirksame kommunale Bildungslandschaft?
- Was können, was wollen, was müssen wir in Rat und Verwaltung dazu leisten?
- Worin besteht in den kommenden Jahren der richtige Weg zur Weiterentwicklung unserer vielfältigen Bildungslandschaft, gerade in Sachen Qualität von Bildung?
- Und, natürlich, welche konkreten Schritte, über die bereits genannten hinaus, nehmen wir uns gemeinsam vor?

Der Oberbürgermeister und der Stadtrat haben die Lebensverhältnisse in ihrer Gesamtheit im Blick zu halten. Sie haben die Aufgabe, die urbane Infrastruktur im Rahmen unserer – zu oft von außen beeinflussten – Möglichkeiten zu verbessern und ohne Wenn und Aber die Bedingungen der Daseinsfürsorge zu garantieren. Für das Thema Bildung bedeutet dies, die kulturelle Qualität in der Spitze und in der Breite zu fördern und allen Menschen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel Bildungschancen zu eröffnen. Dabei ist mir klar: Wenn wir nicht dabei stehen bleiben wollen, uns über gelungene Bildungsbiografien zu freuen oder ihr Scheitern zu registrieren und sozial zu alimentieren, dann müssen wir unsere Möglichkeiten nutzen, die Rahmenbedingungen für Bildungsbiografien lebensalterübergreifend aktiv mit zu gestalten.

Ja, wir wollen Bildung gestalten! Aber wir wollen dies nicht allein tun. Wir wollen Bildung in und für unsere Stadt mit unseren Partnern vorantreiben, gemeinsam in einer Verantwortungsgemeinschaft von Freistaat, Kommune, freien Trägern und der Wirtschaft, gemeinsam mit Eltern, Lehrenden und Lernenden.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Wir sind Schulträger für die öffentlichen Schulen. Kann die Rolle der Stadt sich weiterhin auf die eines Sachaufwandsträgers reduzieren, der Gebäude, die

Kreide und das nicht-pädagogische Personal zur Verfügung stellt? Oder müssen wir uns hier nicht stärker in inhaltliche Fragen einbringen? Ich denke hier an die Ganztagsangebote und unsere hervorragenden schulbezogenen Angebote wie unser Schulbiologiezentrum, die Schulbibliotheken, das Medienpädagogische Zentrum und die Werkstatt für Schulgeschichte.

Ich erinnere an unsere Debatte zu den investiven Herausforderungen unserer Schullandschaft am 23. März hier in diesem Saal. Natürlich fehlt es an Geld für dringend notwendige Investitionen. Genauso klar ist es, dass wir auch weiterhin Fördermittel des Freistaates Sachsen benötigen, um staatliche Schulträgeraufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen zu können.

300 Millionen Euro haben wir in den letzten 20 Jahren investiert. Zuwenig beim Blick auf den Zustand vieler Schulen: Ja, ohne Frage! Aber sehr viel gemessen an anderen Infrastrukturfeldern! Auf weitere 570 Millionen Euro haben wir den Baubedarf unserer Schulen beziffert, Investitionen, die wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten angehen werden. Und je kräftiger die Landes- und Bundeszuschüsse fließen, umso schneller wird dies geschehen. An uns soll es nicht scheitern!

Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ von der „großen Herausforderung“ spricht, vor der wir hier stehen, stimme ich dieser Aussage ausdrücklich zu. Wir alle, Verwaltung und Stadträte, müssen dieser Herausforderung gerecht werden. Die Stadt Leipzig wird in den nächsten Jahren erstmals wieder neue Schulen bauen und alte Schulgebäude wieder aktivieren.

Der Schulentwicklungsplan 2011 liegt im Entwurf vor und ist eine gute Grundlage für die künftige Arbeit. Der Schulentwicklungsplan weist den Handlungsbedarf nach Schulformen in den Stadtbezirken und Ortsteilen nach. Wir werden neue Schulen schaffen müssen und zwar mit Augenmaß – gerade auch für die flexible Nutzung einer sich auch in Zukunft verändernden Schullandschaft.

Dies ist der Grund, warum wir den Schulentwicklungsplan um ein mittelfristiges Investitionsprogramm ergänzen sollten. Wir müssen gemeinsam vereinbaren, wie viel Geld in den nächsten Jahren für Schulen ausgegeben werden soll. Ich werde dem Stadtrat vorschlagen, hierfür 30 Millionen Euro jährlich einzusetzen. Die Zahl der Geburten hat sich seit 1995 mehr als verdoppelt. Wir sind wieder eine wachsende Stadt. Der geburtenstärkste Jahrgang seit der Friedlichen Revolution wird 2028, bzw. 2029 Abitur machen. Darauf müssen wir jetzt reagieren.

Wir brauchen nicht unbescheiden zu sein. Leipzig hat in Sachen Bildung vieles auf der Haben-Seite:

- 40 % eines Jahrgangs erreichen das Abitur,
- in den Kindertagesstätten und Grundschulen haben wir ein hohes Betreuungsangebot bis einschließlich zum 4. Grundschuljahr,
- 40.000 Studierende machen unsere Stadt zu einer jungen, lebendigen, kreativen Stadt,
- wir haben eine bunte und vielfältige Schullandschaft mit sich wunderbar ergänzenden freien Trägern,
- die Volkshochschule bietet ein breitgefächertes Programm an Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen,
- wir haben eine lebendige attraktive Soziokultur und eine Jugendarbeit, die sich dem Bildungsbegriff stark geöffnet hat,
- und wir verfügen über kulturelle Bildungsangebote in den Museen, Bibliotheken oder im Bereich der darstellenden Kunst, die deutschlandweit Spitze sind.

Das alles ist absolut wettbewerbsfähig und soll so bleiben – nach Möglichkeit noch besser werden, wo dies mit vertretbarem Aufwand sinnvoll und möglich ist. Aber dass bildungspolitisch nicht alles bleiben kann, wie es ist, zeigt die andere Seite der Medaille. Der Bildungsreport legt dies schonungslos offen:

- Bis zu 15 % der Schulabgänger bleiben in jedem Jahr ohne Abschluss. Dies ist nicht nur ein bildungspolitischer Skandal, der jedem zehnten Jugendlichen eine aussichtsreiche berufliche Perspektive verbaut. Dies ist auch eine soziale und politische Zeitbombe, wenn Sie mir dieses starke Wort erlauben.
- Ein Drittel der Kinder unter 15 Jahren befindet sich im Sozialgeldbezug nach dem SGB. Dies kann auf Dauer nicht hingenommen werden.
- Es gibt hohe Rückstellungen bei der Einschulung.
- Die Klagen der Wirtschaft wegen mangelhafter Ausbildungs- bzw. Berufsreife junger Menschen sind unüberhörbar.
- Zudem entwickelt sich ein wachsendes Gefälle zwischen den Geschlechtern. Mädchen erreichen zu 15 % mehr das Abitur als Jungen. 90 % der Schüler im Zentrum für Erziehungshilfe sind Jungs. Dabei sind wir uns doch wohl einig, dass Intelligenz keine Frage des biologischen Geschlechts ist.

Es gibt also viel Lohnenswertes zu tun. Natürlich sind Bund und Freistaat gefordert, entsprechende Rahmenbedingungen als Gesetzgeber zu schaffen und diese mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. Doch auch wir auf der kommunalen Ebene dürfen nicht beim Jammern über Engpässe und Notlagen stehen bleiben.

Wir haben inzwischen auf allen Verantwortungsebenen und mit allen Zuständigkeiten verbindliche Strukturen aufgebaut. Es existiert ein Steuerungskreis, in dem ich zweimal im Jahr mit den Führungskräften der großen bildungsrelevanten Institutionen der Stadt Bilanz ziehe und Handlungsschwerpunkte verabrede. Parallel existiert eine verwaltungsinterne Lenkungsgruppe, die, vom Kollegen Fabian geleitet, dezernats- und ämterübergreifend die Aktivitäten des Programms „Lernen vor Ort“ steuert, und wir haben Netzwerke in ausgewählten Ortsteilen und Sozialräumen.

Mit dieser 1. Bildungspolitischen Stunde schlagen wir ein neues Kapitel Leipziger Bildungspolitik auf. Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen, dort, wo die Menschen leben: vor Ort. Wir wollen im nächsten Jahr bildungspolitische Leitlinien beraten und verabschieden. Ich freue mich auf diese Herausforderung, die wir nur gemeinsam bewältigen können.

Heute ist eine Verbindung von schulischer, sozialer, Weiter- und Fortbildungspädagogik gefragt. Zu Recht! Schulen, Kindertagesstätten, Jugendhilfe, Weiterbildung, Nachholen von Bildungsabschlüssen oder lebenslanges Lernen fordern Kommunen heraus. Der Bildungskongress des Deutschen Städtetages in Aachen 2007 brachte es auf den Punkt: „Städte wollen und müssen Bildung gestalten und künftig stärker mitverantworten. In ihrem ureigenen Interesse.“ Beklagen wir daher nicht den Fachkräftemangel und die Lücken von Schulabgängern, sondern versuchen wir mit unseren Möglichkeiten Perspektiven zu eröffnen für den Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft, die den Einzelnen in seiner individuellen Gestaltungskraft braucht. Denn trotz all der Herausforderungen, trotz der fiskalischen Fragen ist eines unumstößlich: Kinder bringen Glück ins Haus und in die Stadt. Diese Einsicht sollte über allen Anstrengungen stehen. Allen Familien, in denen Kinder erzogen werden, biete ich ein herzliches Willkommen und danke allen, die ihre Kraft der Bildung widmen.

II. Rede des Stadtrates Stefan Billig, CDU-Fraktion



Stadtrat Stefan Billig, CDU-Fraktion

Mit der Hausmitteilung vom 17.02.2011 wurden durch Sie, Herr Oberbürgermeister, die Fraktionen aufgefordert, in der Bildungspolitischen Stunde die Debatte darüber zu führen, wie die Leipziger Bildungslandschaft zu gestalten ist und wo die Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Ohne direkt darauf hinzuweisen, soll die Diskussion mit dem Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ verbunden werden.

Die Frage ist nun, wie es mit den in Leipzig bereits vorhandenen Gegebenheiten möglich sein wird, die Kernelemente des Förderprogramms „Lernen vor Ort“ umzusetzen. Obwohl stellenweise zur Floskel herabgesetzt, wird in den Kernelementen des Programms aufgezeigt, wie lebenslanges Lernen gestaltet, begleitet und umgesetzt werden kann. Es ist aber ein Irrtum, zu glauben, dass durch Förderprogramme und staatliche Organisation ein Bildungsschub durch die Gesellschaft gehen wird.

Letztendlich ist jeder aufgerufen, sich seinen Bildungsweg zu suchen und zu gestalten. Dort, wo der Einzelne dies aus objektiven Gründen nicht oder noch nicht tun kann, greifen die Hilfen, die seit Generationen selbstverständlich in einer zivilisierten Gesellschaft sind, zunächst die Eltern und später die Kinder, die in gegenseitiger Verantwortung füreinander eintreten.

Die Gesellschaft ist selbstverständlich dafür zuständig, die Voraussetzungen für die Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen.

Die Stadt Leipzig ist sich bewusst, dass auf diesem Feld große Aufgaben vor ihr stehen, die gelöst werden müssen. Bildungsvermittlung im Kleinkindalter ist nicht nur an die Eltern gebunden, sondern auch an die Möglichkeit, die Kleinen in einer Kindereinrichtung zu betreuen.

Ein Investitionsstau von 570 Millionen Euro im Schulbereich wirft die Frage auf, ob die Stadt allein, wenn auch mit Fördermitteln unterstützt, in der Lage sein wird, dieses Problem zu lösen. Hier ist die Einbindung privater Partner erforderlich, und es ist gut, dass im Kernelement des Programms „Lernen vor Ort“ gefordert wird, die öffentlich-private Partnerschaft zu nutzen und weiter zu entwickeln.

Von großer Bedeutung ist, dass „Lernen vor Ort“ die gesamte Lebensplanung in die Gestaltung des Lernens einbezieht. An den Schnittpunkten der unterschiedlichen Lebensphasen und Über-

gänge soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich Rat zu holen, wie ein neuer Lebensabschnitt gestaltet werden kann. Dass die Beratungsschwerpunkte unterschiedlich gesetzt werden, ist selbstverständlich.

Ein außerordentlich wichtiger Punkt ist: Wie schaffen wir es mit einem gut gestalteten Netzwerk die Aus- und Weiterbildung unserer jungen Menschen optimal zu gestalten. Das Ziel muss sein, jeden unabhängig von seiner sozialen und ethnischen Herkunft zu einem Bildungs- und Berufsabschluss zu führen. Dass hier kreative Lösungsansätze gefragt sind, muss nicht betont werden. Ob soziale Randgruppen, ob Schüler mit Migrationshintergrund, in diesem Bereich sind qualifizierte Sozialarbeiter, Pädagogen, Ehrenamtler u. a. gefragt, die sich mit viel Kraft und Hingabe dieser Aufgabe widmen. Hier erwarten wir durch die Leipziger Stabsstelle „Lernen vor Ort“ bald konkrete Vorschläge zur Umsetzung. Von großer Wichtigkeit ist für uns auch das Aktionsfeld „Übergang vom Beruf in den Ruhestand“. Es soll darauf hingewiesen werden, dass nicht nur der aktive Senior in die Überlegungen einbezogen wird, sondern auch die körperlich und geistig Bedürftigen im Konzept berücksichtigt werden. Hier erzeugen kleine Erfolge häufig eine erheblich bessere Lebensqualität.

Die heutige bildungspolitische Stunde kann nur der Anfang einer umfangreichen Diskussion sein, in der Verwaltung und Stadtrat gemeinsam ihre Lösungsvorschläge beraten und beschließen werden.

III. Rede der Stadträtin Dr. Ilse Lauter, Fraktion DIE LINKE



Stadträtin Dr. Ilse Lauter, Fraktion DIE LINKE

Seit Januar 2010 nimmt Leipzig am Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ teil – wie weitere 39 Städte und Kreise. Das Programm soll Innovationspotenzial zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Bildungswesen freisetzen und erfolgsversprechende Kooperationsmodelle erschließen.

Es wendet sich sehr stark an die politischen Akteure, jene also, die bildungspolitische Verantwortung tragen. Die heutige bildungspolitische Stunde ist dabei ein Resultat von vielen. Ich erinnere an den „Bildungsreport Leipzig 2010“, die ganztägige „1. Leipziger Bildungskonferenz“ im Oktober 2010, die Zwischenberichte über die Arbeit im I. und II. Halbjahr 2010, die uns als Arbeitsergebnisse vorliegen. Fachaustausche, Fachtagungen, Bildungsberatungen zur Übergangsproblematik ergänzen die Initiativen.

Die Bildungsberatungen für Erwachsene, die gegenwärtig im Städtischen Kaufhaus, dem Interim der Stadtbibliothek, stattfinden, erweisen sich als „Renner“ und mussten in den vergangenen zwei Monaten sogar ausgebaut werden.

Wie ist die Situation im schulischen Bereich?

Im März 2011 haben etwa 3.000 Leipziger Grundschüler der 4. Klassen ihre Bildungsempfehlung erhalten. Nach wie vor und stärker denn je sind wir der Überzeugung, dass der Zeitpunkt dieser Entscheidung viel zu früh angesetzt ist. Der veränderte Notenschnitt hat ganz entgegen den Versprechungen der Staatsregierung zur Verschärfung dieses Problems beigetragen – die Zahlen belegen das: 8,6 % weniger Schüler haben eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium erhalten. Und wie durchlässig die Mittelschule tatsächlich ist, wird sich noch zeigen. Wir bleiben äußerst skeptisch.

Von den Grundschülern werden ab August ca. 53 % eine Mittelschule und ca. 47 % ein Gymnasium besuchen. Dabei reicht die Spannweite bei der Vergabe von Bildungsempfehlungen für das Gymnasium von 19,1 % in der 46. Grundschule (Altwest) bis 75,6 % in der Manet-Grundschule (Zentrum). Das soziale Auseinanderdriften der einzelnen Stadtteile wird hier besonders deutlich.

Nehmen Sie den Sozialreport 2010 der Stadt Leipzig und legen Sie die Karten übereinander: Dort,

- wo der Anteil der Arbeitslosen am höchsten ist (Volkmarsdorf 21,1 %)¹,
- dort, wo der Anteil der ALG-II-Bezieher am höchsten ist (Volkmarsdorf 74,7 %)²
- dort, wo der Anteil der Sozialgeldempfangenden Kinder am höchsten ist (Volkmarsdorf 74,7 %)³,
- ist der Anteil der gymnasialen Bildungsempfehlungen am niedrigsten (unter 40 %)⁴,
- ist der Anteil der Hauptschüler in den Mittelschulen mit am höchsten (über 35 %)⁵ und
- ist der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss am höchsten (über 20 %)⁶.

Diese alarmierenden Fakten werden wir immer wieder benennen. Und wer das als „Schwadronieren“ abtut, hat offenbar sein soziales Gewissen in Probstheida liegen gelassen und zieht es vor, sich nicht zu sehr in Volkmarsdorf, Schönefeld oder Grünau umzusehen.

Neben dem sehr aussagekräftigen Sozialreport 2010 zeigen auch die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie vom Oktober 2010 für Leipzig alarmierende Signale. Allein die Feststellung „Mehr Schüler ohne Schulabschluss“ ist schwerwiegend genug.⁷ Jeder sechste heute in Leipzig lebende Jugendliche ist ohne Schulabschluss, danach fast immer ohne Ausbildung. Die meisten von ihnen sind dann ALG-II-Bezieher und später Altersarme. Arm von der Wiege bis zur Bahre. Wie viele der 384 Schüler ohne Abgangszeugnis bzw. mit Hauptschulabschluss⁸ haben eine Chance auf einen Ausbildungsplatz? Etwa ein Viertel. Und die anderen drei Viertel? Sie verbleiben über Jahre im Berufsvorbereitungsjahr oder anderen berufsfördernden Maßnahmen und legen statt einer Berufskarriere eine „Maßnahmekarriere“ hin. Eine Spirale, ein ewiger Kreislauf? Wie können wir das durchbrechen?

In den nächsten Jahren fehlt es nicht an Ausbildungsplätzen, aber es fehlt an bildungswilligen und gebildeten Schulabgängern. Dabei ist die Situation für 120 Abgänger der Lernförderschulen besonders dramatisch. Es fehlt für diese Schüler eine Teilfacharbeiteraus- oder Werkerausbildung, die sogenannte Werker- oder Werkerausbildung. Die Stadtverwaltung hat mit einem Kooperationsvertrag mit einer Lernförderschule Betriebspraktika vereinbart. Eine gute Sache. Aber Ausbildungsplätze halten wir nicht vor. In den letzten zwei Jahren wurde erstmals ein Gärtnerwerker ausgebildet.

Unser Leipzig ist eine interessante, pulsierende, lebendige Stadt, aber auch eine Stadt der sozialen Widersprüche. Von den Kita-Untersuchungen über die Schuleingangsphase, die Bildungsempfehlungen bis zu den Bildungsabschlüssen. Der Sozialatlas zeigt deutlich die Stadtteile mit besonders hohem Handlungsbedarf, auch im Bereich Bildung.⁹

Es wäre ein wichtiges Ziel die sozialräumliche Selektivität aufzuhalten. Hier kann die Stadt Rahmenbedingungen schaffen. Aber dazu braucht es auch die politische, materielle und ideelle Unterstützung des Bundes und des Freistaates.

1 vgl. Sozialreport 2010, S. 27

2 vgl. ebd., S. 30

3 vgl. ebd., S. 31

4 vgl. ebd., S. 82

5 vgl. ebd., S. 83

6 vgl. ebd., S. 87

7 In Leipzig haben 16,4 % der Jugendlichen keinen Hauptschulabschluss, die Mehrheit davon sind Lernförderschüler.

8 Im Juli 2010 verließen in den Leipziger Mittelschulen und Gymnasien 158 Schüler die Schule mit Abgangszeugnis, also ohne Abschluss nach der 7., 8., 9. oder 10. Klasse 184 Schüler mit Hauptschulabschluss 42 Schüler mit qualifizierten Hauptschulabschluss, 918 Schüler erreichten den Realschulabschluss 733 Schüler legten das Abitur ab.

9 vgl. ebd., S. 127 f.

Wenn es im nächsten Jahrzehnt nicht gelingt, den sozialen Aufstieg über Bildung vom sozialen Stand des Elternhauses zu entkoppeln, wird unsere gesamte Gesellschaft nachhaltigen Schaden nehmen. Das wird auch in Leipzig zu spüren sein.

Individuelle Förderung kostet Geld, vor allem weil dazu zu aller erst Menschen, also pädagogisches Personal in Kita und Schulen sowie im außerschulischen Bereich notwendig sind. Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes für Familien, die ALG-II-Bezieher und Geringstverdiener sind, ist da vielleicht ein Anfang, bei aller Problematik. Zehn Euro im Monat reichen zwar weder für die Musikschule noch den Sportverein, aber es ist nun mal da, und als Leipziger Stadtrat sollten wir dafür werben, dass die angesprochenen Familien es in Anspruch nehmen.

Bildung beginnt schon im Vorschulalter. Und hier beginnt das Dilemma mit dem Mangel an verfügbaren Plätzen im Krippen- und Kita-Bereich und erreicht seinen ersten Höhepunkt beim Betreuungsschlüssel. Urlaubs-, Krankheits- und Fortbildungszeiten eingerechnet, werden 18 Kinder von einer Erzieherin betreut – viel zu viel, um wirklich individuell auf jedes einzelne einzugehen. Und die Folge: Mehr als 10 % des Einschuljahrganges 2010 wurden von der Einschulung zurückgestellt oder in die Förderschule eingeschult¹⁰. Jedes zehnte Kind, für das die Hartz-IV-Karriere nahezu vorprogrammiert zu sein scheint, und das, bevor es lesen und schreiben gelernt hat.

Immer wieder kommt das Argument, die wichtigsten Erzieher sind die Eltern. Das ist grundsätzlich richtig. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass jede vierte Familie aus unterschiedlichsten Gründen dazu nicht in der Lage ist. Bildungsakteure erreichen zu häufig gerade diese Familien und Gruppen nicht. Die Betroffenen sind die Kinder, und die Gesellschaft hat zwei Möglichkeiten: unterstützen oder fallen lassen. Wir wollen das Erstere. Deshalb unterstützen wir die Aufgabe der Bildung von wirksamen Bildungsnetzen, in denen Kita, Schule, Offene Freizeittreffs (OFT), Sportvereine u. a. eine wichtige Rolle spielen.

Vor diesem Hintergrund ist es grundsätzlich richtig, das hier zuständige Amt in „Amt für Jugend, Familie und Bildung“ umzubenennen. Es wäre jedoch nicht hinzunehmen, wenn im Umkehrschluss Bildung auf den Zuständigkeitsbereich dieses Amtes verengt wird. Bildung ist auch und zwar mindestens gleichrangig eine kulturelle Angelegenheit. Sie findet in der Stadtbibliothek ebenso statt wie in der Musik- oder Volkshochschule. Und letztlich auch in unseren Theaterhäusern, ganz gleich ob Theater der Jungen Welt, Schauspielhaus, Oper oder Gewandhaus.

Allen bildungspolitischen Debatten zum Trotz, die Deutschland seit dem Pisa-Schock vor immerhin elf Jahren, im Griff halten: Die wichtigsten Bezugsgrößen bleiben die Eltern. Was sie nicht leisten, können derzeit Erzieher und Lehrer nicht grundsätzlich richten. Soll Bildungspolitik erfolgreich sein, muss sie auch die Eltern einbeziehen. Dazu gibt es in der Stadt verschiedene Anlaufpunkte wie das Familieninfobüro, die Kinder- und Familienzentren, Angebote der Volkshochschule.

Eine stärkere Vernetzung zwischen diesen vielfältigen Angeboten, der Schule und dem Elternhaus kann den Weg aus der deutschen Bildungsmisere ebnen. Gehen müssen ihn am Ende die Kinder und Heranwachsenden allein. Dafür gebührt ihnen unser aller Aufmerksamkeit, Unterstützung und Respekt.

¹⁰ Sozialreport 2010, S. 96

IV. Rede der Stadträtin Ute Köhler-Siegel, SPD-Fraktion



Stadträtin Ute Köhler-Siegel, SPD-Fraktion

IV

Bildung und Kommunalpolitik – schnell wird gemeint, man hat da nicht viel zu entscheiden, außer Betreuungsplätze zu schaffen und für den baulichen Unterhalt von Kitas und Schulen zu sorgen. Aber auch Kommunen müssen sich verstärkt kommunale Bildungsnetzwerke aufbauen und pflegen, denn Bildung ist zunehmend ein Standortfaktor für Unternehmen und wird auch Wohnentscheidungen von Familien beeinflussen und die Kommune muss die Folgen von fehlgeschlagenen Bildungsbiografien durch Sozialleistungen abfedern.

Dabei ist zu betrachten, warum und zu welchem Zeitpunkt es zu den bildungsbiografischen Brüchen kommt. Dazu muss man den Bildungs- und Sozialreport lesen, um entsprechende Ursachen festzustellen. Das Projekt „Lernen vor Ort“ hat durch das Bildungsmonitoring gute Voraussetzungen für die Analyse geschaffen. Es werden uns deutlich Handlungsschwerpunkte aufgezeigt:

- Es gibt viele Förderangebote, diese werden aber von den Eltern nicht oder zu spät genutzt.
- Bei der Untersuchung der Vierjährigen werden vor allem Sprachauffälligkeiten festgestellt, bei der Schuluntersuchung wird dann klar, dass eine entsprechende Förderung nicht ausreichte oder nicht stattfand.
- Bei der Schuluntersuchung wurden z. B. 2009 5,6 % der Kinder eine Schulempfehlung für die Förderschule erteilt.
- 5,9 % der Kinder wurden im gleichen Jahr vom Schulbesuch zurückgestellt und viele werden dann doch in die Förderschule eingeschult.
- Besorgniserregend hoch ist die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

Als Grundschullehrerin kann ich einschätzen, dass wir besonders im Bereich frühkindliche Bildung noch deutliches Entwicklungspotenzial haben. Genau dort müssen wir mit Förderung, aber auch mit Forderung ansetzen. Faire Chancen für alle Kinder zu schaffen, beginnt bereits vor der Schule. Die Stadt Leipzig stellt für über 30 % der Kinder Freiplätze zur Verfügung.

Brüche in Bildungsbiografien treten immer wieder bei Übergängen auf. Ein Aktionsfeld im Projekt „Lernen vor Ort“ heißt Bildungsübergänge. Es werden Übergänge von der Grundschule an die

weiterführende Schule und Übergänge vom Beruf in den Ruhestand begleitet und analysiert. Hier sind dringend die Übergänge vom Kindergarten in die Schule und der Übergang von der Schule in die Ausbildung zu ergänzen.

Einen besonderen Schwerpunkt stellt der Übergang von der Grundschule an die Mittelschule dar. Dort kommt es zu starken Ab- und Einbrüchen besonders im sozialen Miteinander. Diese Schulart braucht die Unterstützung der Kommune. Wir brauchen:

- Ganztags- und Betreuungsangebote am Nachmittag,
- Vernetzung mit Vereinen und Verbänden, dem Jugendamt, Förderschulen, etc. und
- Schulsozialarbeiter.

Schulsozialarbeit ist, als ein Angebot der Jugendhilfe, Teil der professionellen pädagogischen Arbeit der Mittelschulen geworden, die aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihren Auftrag von Bildung und Erziehung nicht mehr allein erfüllen können. Meine Fraktion fordert weiterhin nachdrücklich, Schulsozialarbeit an allen Mittelschulen zu installieren und auch ein Konzept für Grundschulen zu erarbeiten.

Natürlich muss man an dieser Stelle auch noch mindestens einen Satz über den baulichen Zustand der Schulgebäude verlieren. Immerhin ist für über 60 % der Leipziger Schulen ein umfassendes Sanierungsprogramm erforderlich, der Prozentsatz der Mittelschulen und Grundschulen dürfte noch höher sein.

Die Stadt Leipzig hat aber auch einiges zu bieten, wenn es um innovative Schulkonzepte geht. Das Deutsch-Französische Schulzentrum, das Ostwald-Gymnasium, die Thomasschule, die Sportschulen und die Nasch – als einzige Gemeinschaftsschule der Stadt Leipzig.

Wir müssen uns in den nächsten Jahren dem demografischen Wandel stellen. In der nächsten Zeit gilt es für Leipzig, genügend Kapazitäten an Krippen-, Kindergarten- und Schulplätzen zu schaffen. Dafür muss zeitnah die neue Schulnetzplanung beschlossen werden, damit wir in den nächsten Haushaltsdiskussionen die benötigten finanziellen Rahmenbedingungen schaffen können.

Andererseits wird es in naher Zukunft einen erhöhten Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften geben, die Nachfrage an gering qualifizierter Arbeit wird weiterhin abnehmen. Wirtschaftliche Vorteile von Bildung für die Gesellschaft zeigen sich nicht nur in der Deckung des künftigen Arbeitskräftebedarfs und in einem höheren wirtschaftlichen Wachstum, sondern beispielsweise auch in Form von höheren Steuereinnahmen des Staates mit der Einmündung qualifizierter Personen in den Arbeitsmarkt. Öffentliche Haushalte profitieren deutlich von Investitionen in einen höheren Bildungsstand der Bevölkerung.

Es gibt Synergieeffekte, wenn die Kommune in Bildung investiert. Schwerpunkte in der künftigen bildungspolitischen Ausrichtung zeigten uns die ersten Berichte des Projektes „Lernen vor Ort“. Im Steuerungskreis wird deutlich, dass viele Akteure Verantwortung für die Bildung in unserer Stadt übernehmen. Wir haben im Bereich Bildung schon einiges erreicht, haben aber auch noch viel zu tun!

V. Rede der Stadträtin Katharina Krefft, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Stadträtin Katharina Krefft, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

V Bereits vor über zehn Jahren machte sich Leipzig auf den Weg zur kommunalen Bildungslandschaft. Bildungspolitik ist grundsätzlich Länderaufgabe, hier sind auch die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Initiativen des Bundes oder auch der Kommunen geraten daher bald an ihre Grenzen. Mit den Mitteln für Investitionen in Bildung und Betreuung leistete der Bund zwar auch für Leipzig den An Schub zum Ausbau von Ganztageschulen, z. B. für bewegliche und unbewegliche Anschaffungen, also Musikinstrumente oder Gemeinschaftsräume und Mensen. Honorarmittel für Lehrkräfte wurden in der Folge durch den Freistaat Sachsen bereitgestellt. Durch die Stadt Leipzig wurden diese Bestrebungen engagiert unterstützt, kümmerte sich doch eine eigene Verantwortliche um die Koordination und um den Austausch von best practice Beispielen.

Die Möglichkeit, Gemeinschaftsschulen einzurichten, wurde allerdings durch die schwarzgelbe Landesregierung wieder rückgängig gemacht. Dabei ist aus unserer Sicht die Gemeinschaftsschule am ehesten geeignet, insgesamt höhere Bildungserfolge für eine größere Anzahl Kinder zu erreichen!

2006 stellte die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, ein kommunales Bildungsberichtswesen zu erstellen. Unser Ziel: das Sichtbarmachen von Bildungsbenachteiligung, um kommunal steuern zu können, wo Maßnahmen ergriffen werden müssen. Mit der erfolgreichen Bewerbung für das Projekt „Lernen vor Ort“ konnten hier entscheidende Schritte eingeleitet werden. Ende 2010 wurde der erste Leipziger Bildungsreport vorgelegt.

Unsere bildungspolitischen Forderungen leiten sich vom Ziel der Bildungsgerechtigkeit ab. Solange die Bildungsnähe oder -ferne des Elternhauses über den Schulerfolg eines Kindes entscheidet, solange besteht keine Bildungsgerechtigkeit! Aber das betrifft nicht nur den Zugang auf Grund der Herkunft, sondern auch auf Grund der eigenen Leistungsfähigkeit. Weiterhin müssen sich Kinder an die Schulen anpassen, passen sich nicht die Schulen an sie an. Daher fordere ich eine Steigerung bei der Inklusion von Kindern mit Behinderung. Für emotional/sozial Behinderte, aber auch Sprachbehinderte und Körperbehinderte ist mehr Inklusion möglich. Zwar stieg der Anteil der Integrationen an, doch dabei werden die Behinderungsarten unterschiedlich integriert, bei den Lernförderschülern sind es seit 1995 unverändert nur 0,3 %, bei geistig Behinderten nur 1 %, während emotional/sozial Behinderte zu 72 % integriert werden. Die Voraussetzungen an Schulen fehlen

dabei auch baulich, weiterhin haben wir nur eine schwellenfreie Mittelschule und ein schwellenfreies Gymnasium. Ich sage bewusst, schwellenfrei, denn barrierefrei ist mehr.

Ein besonderer Handlungsschwerpunkt muss in den kommenden Jahren die Verbesserung der sprachlichen Entwicklung sein. Es stimmt mich sehr nachdenklich, wenn wir mittlerweile bei 45 % der Vierjährigen Sprachauffälligkeiten feststellen. Wenn wir hierzu geeignete Konzepte entwickeln, können wir nicht nur beim späteren Bildungserfolg punkten, aber auch landes- bzw. bundesweit glänzen. Daher müssen wir über die Ansiedlung von Sprachheilpädagogen an Regelschulen sprechen!

Mit dem Thema Inklusion wird sich Bündnis 90/Die Grünen noch gesondert beschäftigen. Wir laden Sie herzlich zu unserer Veranstaltung am 24. Mai ein, wenn wir die Möglichkeiten und Grenzen von Inklusion diskutieren, und den entscheidenden Punkt: die Rahmenbedingungen! Denn mit halbherzigen Personalausstattungen schaffen wir Überforderung statt gemeinsame Förderung.

Es besteht ein besonderer Handlungsdruck, da die Zahl der Schulabgänger ohne formalen Schulabschluss in dieser Gruppe besonders hoch ist. Das ist der Knackpunkt und hier ist es höchste Zeit, ambitionierte Ziele zu formulieren. In Leipzig brechen von allen Schülern 19,9 %, landesweit 17 % (2007/2008) die Schule ab. Aufgrund des vorgelegten Datenmaterials kennen wir die Quartiere, in denen die Anteile besonders hoch sind. Dann müssen wir hier auch zuerst handeln! Ähnliches gilt für die Übergänger, denn in bildungsbenachteiligten Quartieren sind sie entsprechend seltener auf dem Weg ins Gymnasium. Die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit muss das Hauptziel für unsere kommunale Bildungslandschaft sein.

In Leipzig sehen wir eine bemerkenswerte Spreizung, da wir gleichzeitig den höchsten Abiturientenanteil mit 34,7 % haben. Wir sind gleichzeitig Spitze in der Spitze und rote Laterne am Ende der Bildungserfolge.

Der Oberbürgermeister wies auch auf die Geschlechterdifferenz bei den Abschlüssen hin. Hier muss man jedoch genauer hinsehen, denn die besten Abschlüsse machen weiterhin Jungen. Mädchen bewegen sich hingegen konstant im oberen Drittel der guten Abschlüsse.

Das Berichtswesen und die Konzeptionen zur Bildungslandschaft sind das eine. Es gibt daher keinen Grund, sie stolz wie eine Monstranz vor sich herzutragen. Ein Leuchtfeuer macht noch keinen Bildungserfolg, und ich bitte sie, mit den vielen Konzeptionen nicht bestehende Bildungsödnis zu überstrahlen! Wir müssen endlich zum Handeln kommen! Beim Bildungserfolg sehe ich den größten Handlungsdruck – aber auch große kommunale Gestaltungsmöglichkeiten! Es ist unerträglich, dass in unserer Bildungsrepublik Kinder ohne Schulabschluss ins Leben gehen! So etwas hat es seit Einführung der Schulpflicht nicht gegeben. Und es reicht keine Schulpflicht, um Kinder an der Schule zu halten, denn Bildungsfreude entsteht so nicht. Sie muss möglichst früh erfahren werden – daran können wir mitwirken!

In Bezug auf frühkindliche Bildung konstatieren wir, dass es richtig ist, KEIN Kind von Krippe und Kindergarten auszuschließen. Es gab diese Diskussionen 2003/2004, das haben wir nicht vergessen! Und es wurde auf der Straße erkämpft, dass die Nicht-Berufstätigkeit der Eltern nicht über den Zugang des Kindes entscheidet! Die Kindertageseinrichtungen sind sukzessive zu Bildungseinrichtungen ausgebaut worden. Noch bevor es einen sächsischen Bildungsplan gab, war das in Leipzig bereits implementiert. Unsere Erfahrungen konnten landesweit genutzt werden.

Bildung geht nach der Jugend weiter! Lebenslanges Leben bezeichnet landläufig das, was gerne auf Seniorenbildung reduziert wird. Doch die Zeitspanne zwischen Schule und Rente ist die Phase, der wir uns als Kommune in Zukunft verstärkter zuwenden können. Wir haben gute Voraussetzungen: Volkshochschule, Stadtbibliothek, Museen, aber natürlich auch die Hochschulen, und selbstverständlich die Aktivitäten vieler freier Anbieter und Träger, dazu das vielgestaltige Kulturleben der Stadt!

Das Projekt „Lernen vor Ort“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Angebote offensichtlicher zu machen, zu vernetzen, abzustimmen und zu steuern. Dass die Angebote sinnvoll ergänzt werden können, zeigte mir in diesem Jahr die Einrichtung einer Bildungsberatungsstelle! Der Erfolg der ersten beiden Monate belegt eindrücklich: Die Menschen wollen sich bilden, sie wissen häufig nur nicht wo und wie.

Nachträglich Bildungsabschlüsse zu erlangen, höhere Qualifikationen zu erreichen, dabei vielleicht auch andere Wege zu gehen, alles das und noch mehr kann konkreter Inhalt kommunaler Bildungspolitik sein. Denn die Stadt kann das freie Radikal sein, das mit seiner Energie andere ansteckt, Bildungsagentur, Kammern, Jobcenter, Anbieter von Bildungsangeboten allgemein. Und selbst Anbieter sein, wie z. B. bei der Familienbildung.

V Ich bin sicher, Eltern, die Interesse an Bildung haben, sind die besten Vorbilder für ihre Kinder. Und so ist Erwachsenenbildung hervorragend geeignet, Kindern Lernfreude vorzuleben.

Meine Damen und Herren, heute feiert sich die Stadt für ihre Bildungslandschaft. Doch ich kann's nicht lassen, darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse auch nach zehn Jahren Engagement noch nicht so viel hergeben. Das liegt nicht allein in der Verantwortung der Stadt, aber es zeigt, welche Aufgaben wir uns hier geben müssen. Es ist richtig, alle einzuschwören, den politischen Willen zu formulieren und Ansprüche geltend zu machen.

VI. Rede des Stadtrates Dr. Arnd Besser, FDP-Fraktion



Stadtrat Dr. Arnd Besser, FDP-Fraktion

„Jeder Mensch ist dazu bestimmt, ein Erfolg zu sein – und die Welt ist dazu bestimmt, diesen Erfolg zu ermöglichen.“ Diese Worte standen bereits 1972 im UNESCO-Bericht „Wie wir leben lernen“. Dieser Satz gilt heute wie damals. Er gilt auf internationaler wie auch auf kommunaler Ebene. Und er gilt vom ersten Lebenstag an.

Ein wesentlicher Faktor für den späteren Lebensweg eines Kindes sind die Bildungschancen. Unabhängig von der persönlichen, der sozialen und der wirtschaftlichen Situation der Familie steht für uns die Chancengleichheit im Mittelpunkt. Gleiche Chancen am Start – das muss unser Ziel sein! Lassen Sie mich einige konkrete Herausforderungen nennen, vor denen wir hier in Leipzig stehen, und die wir hier im Stadtrat tatsächlich beeinflussen können.

Das Elterngeld hat vieles verändert: Mütter und Väter entscheiden sich heute ganz selbstverständlich, einige Monate nach der Geburt zu Hause zu bleiben. Dennoch steht für unsere Fraktion die Wahlfreiheit im Mittelpunkt: Familien sollen es selbst in der Hand haben, ab wann sich die Eltern wieder auf die berufliche Entwicklung konzentrieren.

Egal ob es uns gefällt oder nicht! Hören wir auf, Eltern in feste Rollenbilder zu pressen. Helfen wir stattdessen dabei, dass die Kinder die beste Bildung bekommen. Familie ist aus liberaler Sicht überall da, wo Verantwortung für Kinder übernommen wird. Uns kommt dabei die Aufgabe zu, Familien bestmöglich zu unterstützen. Daher dürfen wir unser Augenmerk nicht nur auf den Ausbau der Kindergartenplätze richten, sondern müssen auch im U3-Bereich dringend mehr tun. Über das aktuelle Angebot sagte ein Mitarbeiter des Amtes für Jugend, Familie und Bildung im Jugendhilfeausschuss, dass wir in Leipzig „geplant zu wenig Plätze haben.“ Das Problem ist bekannt, mit dem Problem wird geplant, aber es wird nicht behoben. Es ist eine Frage der Chancengleichheit, dass nicht nur diejenigen verlässlichen Zugang zu U3-Plätzen haben, die es sich leisten können und daher auf Plätze in der Bedarfsplanung nicht angewiesen sind. Auch ein Verweis auf Kooperationen von Arbeitgebern mit Kitas ist für uns kein Argument. Uns geht es um Chancengleichheit für alle!

Der notwendige Ausbau der Plätze bringt eine weitere Herausforderung mit sich: Wie schaffen wir es, mehr Menschen dafür zu begeistern, eine Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher zu machen? Und wie schaffen wir es, dass diejenigen, die bereits in dem Beruf arbeiten, bei uns in Leipzig bleiben?

Wir werden – gerade, da der Rechtsanspruch kommt – immer stärker in einen Wettbewerb um die besten Köpfe geraten. Dieser Wettbewerb wird nicht mehr zwischen Einrichtungen und Trägern in Leipzig und Mitteldeutschland ausgetragen. Dieser Wettbewerb wird bundesweit ausgetragen. Bereits heute werben Einrichtungen und Träger aus anderen Bundesländern, teils mehrere hundert Kilometer von Leipzig entfernt um die Mitarbeiter auch aus unserer Stadt. Gerade junge, flexible Erzieher gehen nicht nur in wenigen Fällen aus Leipzig weg. Zurück bleiben diejenigen, deren berufliche Entwicklung ausklingt. Uns droht die Gefahr der Überalterung der Erzieher und damit über kurz oder lang der Erziehernotstand - verbunden mit dem Problem, dass wir keine neuen Plätze anbieten können, weil uns die Fachkräfte für die Betreuung fehlen. Dies wird eine zentrale Herausforderung, auch für die Politik, in den kommenden Monaten und Jahren sein.

Daher sind sanierte Einrichtungen nicht nur toll für Kindern und Eltern, sondern auch ein Plus, wenn es darum geht die Mitarbeiter bei uns zu halten. Ein attraktives Arbeitsumfeld verringert die Wahrscheinlichkeit der beruflichen Veränderung. Das gilt auch hier.

Ein Weg, wie wir schneller Einrichtungen sanieren können, haben wir mit unserem Antrag zur Nutzung des Contractings aufgezeigt. In diesem Zusammenhang danken wir der Verwaltung, dass diese Art der Finanzierung auch in der Energieleitlinie explizit als Möglichkeit genannt wurde.

Eine weitere Möglichkeit ist die verstärkte Nutzung von Betriebskindergärten. Das Landesrecht gibt uns die Möglichkeit dazu. Warum wir uns in Leipzig damit so schwer tun, kann ich mir nicht erklären. Gerade echte Betriebskindergärten – in denen kein Träger im Auftrag eines Betriebes, sondern der Betrieb selbst mit Fachpersonal eine Einrichtung für seine Mitarbeiter betreibt – bietet hier große Chancen. Der Betrieb kennt die Bedürfnisse seiner Arbeitnehmer am besten, weiß wann bspw. außergewöhnliche Betreuungszeiten benötigt werden. Die Stadt Leipzig tut sich mit diesem Thema bekanntermaßen äußerst schwer. Der von der Verwaltung häufig angesprochene fehlende Bedarf erklärt sich in meinen Augen wie folgt: Wenn ich weiß, dass es kein Angebot gibt, werde ich auch keinen Bedarf anmelden. Ich gehe ja auch nicht täglich zum Bäcker mit der Absicht Sonnenblumenkernbrot zu kaufen, wenn ich weiß, dass er nie Sonnenblumenkernbrot hatte und es auch nie haben wird. Ich finde mich mit der Situation ab. Hier macht es Sinn, einen neuen Versuch zu starten, der über mehrere Jahre läuft. So spricht sich das Angebot rum und wir können Kinder, deren Eltern bspw. im Schichtdienst arbeiten, gezielt in diese Kitas vermitteln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend mögen Sie sich jetzt fragen, warum ich nur zum Thema Kita gesprochen habe. Wir reden heute auf der einen Seite von einem sich abzeichnenden Fachkräftemangel und wir reden auf der anderen Seite von einem hohen Anteil an Transferleistungsempfängern. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, beides zu reduzieren. Die ersten Weichen dafür werden bereits im Kita-Alter gestellt und nicht erst mit Eintritt ins Schulalter. Es gilt auch hier: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr ...“

VII. Rede des Stadtrates Dr. Michael Burgkhardt, Bürgerfraktion



Stadtrat Dr. Michael Burgkhardt, Bürgerfraktion

„Sogar Lehrer finden unsere Schule schlecht!“ titelte vergangene Woche das Blatt mit den vier großen Buchstaben. Und wollte damit auf eine gerade erst veröffentlichte Studie von Roland Berger und der Bertelsmann-Stiftung hinweisen. Zweifelsohne sind die Ergebnisse der „Zukunft durch Bildung – Deutschland will´s wissen“ auch für uns von großer Bedeutung. Die Ergebnisse haben in unserer Stadt geradezu eine Entsprechung gefunden, was die Parallele zu unserem Programm „Lernen vor Ort“ angeht.

Als der Stadtrat im Oktober 2009 die Umsetzung dieses Bundesprojektes beschloss, dauerte es gerade mal zwei Monate, bis uns die neueste PISA-Studie zeigte, ich zitiere den Bundespräsidenten in seinem Vorwort zu vorhin genannter Bürgerbefragung: „Wir können noch besser werden, wenn wir unser Bildungssystem mit noch mehr Chancengleichheit, mit noch mehr Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit und mit noch besseren Förderinstrumenten ausstatten“.

Wir können noch besser werden, wie die Umsetzung des Projektes in Leipzig zeigt.

Allerdings: Lehrermangel, Lehrplanmängel und Ausfallstunden sind nicht städtische Handlungsfelder, sondern die des Landes. Hier sind alle Parteien gefragt, die im Landtag sitzen. Wenn es nun darum geht, in welchem Zustand sich die Schulgebäude und Sporthallen befinden, dann sind wir hier in der Stadt selber in der Pflicht. Und wir wissen es genau, nicht erst seit uns die Verwaltung eine Drohkulisse aufgebaut hat, die von weit über einer halben Milliarde Investitionsstau auf diesem Gebiet in den nächsten zwanzig Jahren spricht. Der Rat hat im vergangenen Monat eine Vorlage verabschiedet, die sich mit der katastrophalen Situation der Leipziger Schulen und Sporthallen befasst und diesen Umstand in den nächsten Jahrzehnten verändern soll. Seit Monaten ist eine unglaubliche Zahl bekannt, die den Investitionsstau beziffert: 570 Millionen Euro müssen in den nächsten beiden Jahrzehnten dafür ausgegeben werden, die Gebäude erst sicherheits- und brandschutzgerecht, später bezogen auf ihre „Wirtschaftlichkeit und städtebauliche Bedeutung“ zu ertüchtigen. Und alle hier im Raum hatten sich zu fragen: Geben wir jährlich hohe Summen dafür aus und sind somit weniger Jahre damit beschäftigt? Oder streckt man die Investitionen über längere Zeiträume und die jährlich notwendigen Summen sind geringer? Sehr leise wird es, wenn es um die Ursachen für diese hausgemachte Misere geht. Sie liegen in einer verfehlten Schulnetzplanung, einer dementsprechend miserablen Finanzpolitik an sich. Nur ein Zeichen für letzteres ist, dass – obwohl diese Situation an den Schulen bereits bekannt war – fast ausnahmslos alle Frak-

tionen noch für 2011 Haushaltsanträge stellten, die bestimmte „Verteilungswünsche“ umzusetzen suchten, und dass der Haushalt 2011, der für Häfen und Kanaldurchstich rund 12 Millionen Euro vorsieht, die Ratsversammlung so passierte.

Meine Damen und Herren, viele Eltern ziehen sich einfach zurück und überlassen alles, also Bildung und Erziehung, der Schule. Das hat verheerende Folgen. Um es aber deutlich zu sagen: Diejenigen, welche sich sowieso kümmern, sollen sich gar nicht angesprochen fühlen, denn um sie geht es gar nicht. Es ist aber zu fürchten, dass diese den geringeren Anteil an Elternschaft bilden und auch künftig bilden werden.

Mangelhafte Bildung führt aber auch zu Entwicklungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen. Somit ist Bildung für ein gesundes Heranwachsen extrem wichtig. Der ärztliche Auftrag, die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu erhalten und zu verbessern, stößt aber auch in unserer Stadt in den letzten Jahren zunehmend auf neue Herausforderungen. Gerade unseren Kinderärzten fällt verstärkt auf, dass mangelnde Bildung bei Schulkindern emotionale und kognitive Defizite bewirken, die zu Entwicklungsstörungen führen. Als Beispiel sei genannt, dass etwa ein langer Ausfall des Musikunterrichtes signifikant zu zentraler Fehlhörigkeit bei Kindern führt.

Der zweite Halbjahresbericht der Stabsstelle zeigt es deutlich auf: Soziale Strukturen, der Wohnort, das Wohnumfeld an sich und die damit verbundenen Möglichkeiten an der sogenannten „gesellschaftlichen Teilhabe“ entscheiden maßgeblich auch in unserer Stadt, welchen Weg Kinder und Jugendliche in großem Prozentsatz künftig wohl gehen werden. Die Standorte mit stark unterdurchschnittlichen Anteilen der gymnasialen Bildungsempfehlungen sind überwiegend in jenen Ortsteilen zu finden, in denen einkommensschwache Haushalte existieren, und es wird festgestellt: Familienbildung und Elternarbeit erreichen die Menschen mit den größten Bedarfslagen nicht oder selten. Und obwohl sich, wie der Bericht fast beiläufig erwähnt, ein breiter Markt von Familienbildungsangeboten etabliert hat, erreichen auch diese Familienangebote die besonders stark Unterstützungsbedürftigen nicht. Ob dies zu ändern sein wird, darf zu Recht bezweifelt werden, die Aktivitäten dazu einzustellen, wäre jedoch eine Kapitulation der Gesellschaft.

Wir sind zunächst ratlos und sodann auch sehr gespannt, wenn es um die Zahl der Leipziger Schulabbrecher geht: Wie die Zahl der im Vergleich zum Land fast doppelt so hohen Aussteiger zustande kommt, bleibt zu beantworten, genauso wie die Frage, wie ein entsprechendes Strategiekonzept aussehen soll, welche Maßnahmen der Stadt und ihrer Institutionen empfiehlt. Die Fragen der Integration von Migranten bekommen in diesem Zusammenhang eine noch viel größere Bedeutung, wie wir alle wissen.

Alles in Allem stellen wir fest, dass uns das Projekt selber für vieles den Blick erweitert hat, die Probleme fassbarer geworden, Strategien möglich und umsetzbar sind und dennoch immer wieder Grenzen aufzeigt, wo Gesellschaft am Ende ist mit ihrem Latein. Nämlich am häufigsten dort, wo heutige Eltern, Verwandte und Freunde bereits versagen bei der Bildung und Erziehung späterer Eltern, Verwandter und Freunde.

Anlage

A

**Aachener Erklärung
des Deutschen Städtetages
anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“
am 22./23. November 2007**

Die Ergebnisse internationaler Studien haben neben Qualitätsmängeln auch eine hohe Selektionswirkung des deutschen Bildungssystems offen gelegt. Die Bildungschancen in Deutschland sind in hohem Maße abhängig von der Herkunft und der ökonomischen Situation von Kindern und Jugendlichen. Beide Befunde – Qualitätsmängel und Selektion – sind für Deutschland mit seinem Anspruch auf demokratische Teilhabe und Chancengleichheit sowie mit seiner leistungsfähigen Wirtschaft nicht hinnehmbar.

Die in den Ländern eingeleiteten Reformen in Schule und Bildung gehen in die richtige Richtung. Bundesweite Bildungsstandards, Lernstandserhebungen und zentrale Prüfungen sichern Vergleichbarkeit und Qualität, ermöglichen Wettbewerb und die notwendige Mobilität.

Gleichwohl darf ein ganzheitliches Bildungsverständnis als Grundlage aller Reformbemühungen nicht aus dem Blick geraten. Bildung ist mehr als Schule! Kognitives, soziales und emotionales Lernen müssen miteinander verbunden und in verbindliche Vernetzungsstrukturen einbezogen werden. Die kulturelle Bildung, die kognitives Lernen ergänzt, Kreativität fördert und Integration unterstützt, ist in ein Gesamtkonzept umfassender Bildung zu integrieren.

Ausgangspunkt für Bildungsprozesse in den verschiedenen Lebensphasen ist die kommunale Ebene. Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, werden die Grundlagen für berufliche Perspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit einer Region gelegt. Die Städte prägen mit ihren vielfältigen Einrichtungen die Bildungslandschaft Deutschlands: Kindertagesstätten, Familienzentren, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Schulen, Volkshochschulen und zahlreiche Kultureinrichtungen sind Eckpfeiler der öffentlichen Infrastruktur in der Bildung.

Die Verantwortung der Städte in der Bildung muss deshalb gestärkt werden.

Die Städte sollten Bildung als zentrales Feld der Daseinsvorsorge noch stärker erkennen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Sie sind von Fehlentwicklungen in der Bildung ebenso betroffen, wie sie von den Erfolgen profitieren.

- 2 -

Leitbild des Engagements der Städte ist die kommunale Bildungslandschaft im Sinne eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung. Hauptmerkmale der kommunalen Bildungslandschaft sind:

- Individuelle Potentiale des Individuums und deren Förderung in der Lebensperspektive sind Ausgangspunkt für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.
- Die für Bildung zuständigen Akteure arbeiten auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammen: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft etc.
- Eltern bzw. Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen.
- Übergänge werden nach dem Prinzip „Anschlüsse statt Ausschlüsse“ ermöglicht und gestaltet.
- Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen.

Den Städten kommt in der kommunalen Bildungslandschaft eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit zu. Als Grundlage für regionale Steuerung und Qualitätssicherung sollte ein umfassendes Bildungsmonitoring als integriertes Berichtswesen von Bildungsverläufen vor Ort gemeinsam von Kommunen und Ländern entwickelt werden.

Die Länder werden aufgefordert, kommunale Steuerungsmöglichkeiten insbesondere im Schulbereich zu erweitern und die Zuständigkeiten im Bereich der inneren und äußeren Schulangelegenheiten zugunsten der Kommunen neu zu ordnen. Zudem müssen sie die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen für ein erweitertes kommunales Engagement in der Bildung schaffen.

Länder und Kommunen sind somit gleichermaßen aufgerufen, ihr Engagement in der Bildung im Rahmen staatlich-kommunaler Verantwortungsgemeinschaft gemeinsam mit den zuständigen Akteuren zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

Die Städte sind bereit, hierfür ihren Beitrag zu leisten.